

#Team Mehr Respekt



Lisa-Kristin Kapteinat
Stv. Fraktionsvorsitzende

Volkan Baran
Integrationsausschuss

Anja Butschkau
Ausschuss für
Gleichstellung und Frauen

Tülay Durdu
Sportausschuss

Thorsten Klute
Ausschuss für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

Lena Teschlade
Ausschuss für Arbeit,
Gesundheit und Soziales

UNSERE FORDERUNGEN ZUM TAG DER PFLEGENDEN

Mehr Respekt für Personal, Pflegebedürftige und Angehörige: Zum Internationalen Tag der Pflegenden am 12. Mai rücken wir das in den Blickpunkt. Alle diese Gruppen brauchen mehr Unterstützung. Doch die Pflegepolitik hat in Nordrhein-Westfalen keinen großen Stellenwert. Von Schwarz-Grün gibt es bislang nicht eine nennenswerte Initiative. **Der mangelnde Gestaltungsanspruch der Landesregierung zeigt sich in der Pflegepolitik besonders deutlich. Dabei brennt es in der Pflege gerade lichterloh.** Daher haben wir bereits Initiativen auf den Weg gebracht:

1. TAGESPFLEGEN AUSBAUEN, NICHT EINSTAMPFEN

Die Situation besonders in der Tagespflege von Seniorinnen und Senioren ist sehr angespannt. Und die Anzahl der Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen wird weiter wachsen. Es ist dabei nicht zu erwarten, dass die Zahl professioneller Pflegekräfte in gleichem Maße wachsen wird. Das heißt auch: Eine Versorgung der Pflegebedürftigen überwiegend in vollstationären Einrichtungen ist unrealistisch. Deshalb **kommt gerade den Tagespflegen im Sinne der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen eine besondere Bedeutung für die Zukunft der Pflege in NRW zu.** Kurzfristig wäre ein Rettungsschirm in Höhe von 80 Millionen Euro für die Tagespflegen für Seniorinnen und Senioren in NRW notwendig. Denn zur bestehenden Unterfinanzierung sind zuletzt noch gestiegene Energie- und Sachkosten hinzugekommen. (Drucksache 18/3304)

2. PFLEGENDE ANGEHÖRIGE STÄRKEN

Pflegende Angehörige nehmen eine zentrale Rolle für eine gute Pflege und einen würdevollen letzten Lebensabschnitt in Nordrhein-Westfalen ein. Für diesen Dienst an der Gesellschaft verdienen sie Respekt. Wir finden, dass ihnen auch umfangreiche Entlastungs-, Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen zustehen. Von der Landesregierung fordern wir, sich mit einer Bundesratsinitiative für die Stärkung pflegender Angehöriger einzusetzen. Unter anderem müssen die Zeiten der Pflege in der Berechnung der Rente von pflegenden Angehörigen unabhängig von den bereits erhaltenen Hilfeleistungen berücksichtigt werden. Eine ebenso große Hilfe ist ein vollständiger Lohnausgleich bei Reduzierung der Arbeitszeit für pflegende Angehörige. Notwendig ist auch eine flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur. (Drucksache 18/1685)

3. GEMEINDESCHWESTER-PLUS-ERFOLG NACH NRW HOLEN

Das **Modell GemeindegewesternPlus ist in Rheinland-Pfalz ein Erfolg. Holen wir dieses Projekt nach NRW.** Die Gemeindegewestern beraten und unterstützen hochbetagte Menschen in ihrer aktuellen Lebenssituation. Sie

sind Pflegefachkräfte aus der Kranken- und Altenpflege, die langjährige Berufserfahrung mitbringen. Die Klientinnen und Klienten werden etwa zu vorbeugenden gesundheitlichen Vorkehrungen beraten, um eine Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu vermeiden. Die Gemeindegeschwester ist aber nicht nur beratend tätig, sondern vermittelt auch zwischen regionalen Netzwerken und sozialen Unterstützungsnetzwerken. Die Arbeit der Gemeindegeschwestern ist damit auch hilfreich gegen Einsamkeit. Der VdK hat zudem errechnet, dass Jahr für Jahr 12 Milliarden Euro in Deutschland liegenbleiben, die eigentlich pflegenden Angehörigen und Pflegebedürftigen zur Verfügung stünden. Die Mittel werden aber nicht abgerufen, weil die Menschen ihre Ansprüche zu wenig kennen. Genau da setzt GemeindegeschwesterPlus an. Erproben wir in einer übergeordneten Demografie- sowie Präventionsstrategie GemeindegeschwesterPlus-Projektmodelle als ersten Schritt in ausgewählten Kommunen und in Zusammenarbeit mit den landesweiten Pflegestützpunkten in jedem der fünf Regierungsbezirke in NRW. Wir sind sicher: Was anderswo Erfolg hat, wird auch NRW helfen. (Drucksache 18/4138)

4. RESPEKTVOLLE PFLEGE MUSS AUCH FÜR MITGLIEDER DER PFLEGEKAMMER GELTEN

Die Landesregierung setzt bei der Verbesserung der pflegerischen Versorgung in NRW viel Vertrauen in die Arbeit der kürzlich etablierten Pflegekammer. Schon die Gründung der Pflegekammer war umstritten. Doch **anstatt sie jetzt bei ihrer Arbeit zu unterstützen, lässt die Landesregierung die vielen ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Pflegekammer im Stich.** Für sie ist eine Freistellung von der beruflichen Tätigkeit für die Zeit einer Sitzung oder eine Aufwandsentschädigung für die Arbeit in der Pflegekammer nicht möglich. Bisher lehnt das Land eine Änderung des Heilberufsgesetz ab. Die **SPD-Landtagsfraktion wird Ende Mai einen Antrag in den Landtag einbringen, der allen ehrenamtlich tätigen in der Pflegekammer einen vollen Einsatz für die vielen Pflegerinnen und Pfleger in NRW ermöglicht** und die dafür erforderliche Änderung des Heilberufsgesetzes fordert.

5. MEHR RESPEKT FÜR DIE AUSBILDUNG – PFLEGESCHULEN STÄRKEN

In NRW gibt es rund **260 Pflegeschulen** in unterschiedlichsten Konstellationen. Für sie gilt, was auch für die Krankenhauslandschaft gilt: **Sie sind chronisch unterfinanziert, und es fehlt ihnen an dringend benötigten Investitionsmitteln.** Die Förderrichtlinie des Landes decken laut LAG FW jedoch nur rund 30-50% der Investitionskosten von Pflegeschulen. Ein Beispiel: Die Kaltmiete für eine Pflegeschule mit 800 qm und 200 Ausbildungsplätzen beträgt zwischen 75.000 und 95.000 Euro jährlich. Die mögliche Investitionskostenförderung beläuft sich aber nur auf 37.800 Euro pro Jahr. Das Investitionsförderprogramm des Landes garantiert keine dauerhafte Finanzierung der Ausbildungsinfrastruktur. **Gesundheitsminister Laumann muss darstellen, wie das Land die Finanzierung der Pflegeschulen sicherstellen will. Wir fordern dafür ein Sonderinvestitionsprogramm von 10 Millionen Euro**

6. HITZESCHUTZ FÜR ALTERS- UND GESUNDHEITSBEZOGENE EINRICHTUNGEN

Der aktuelle Hitzeschutz in Alters-, Pflege- und vergleichbaren Einrichtungen ist unzureichend. Gerade in heißen Sommermonaten ist das eine Gefahr. **Stellen wir einen ausreichenden Hitzeschutz in allen alters- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen sicher.** Mit einem Aktionsbündnis für einen besseren Hitzeschutz bringen wir alle zuständigen Akteurinnen und Akteure zusammen. So entwickeln wir einen Hitzeschutzplan zur aktiven Bekämpfung von Sterblichkeit und Erkrankung durch extreme Hitze. Letztlich legen wir ein Sofortprogramm für Temperatur-Anpassungsmaßnahmen auf. Im vergangenen Jahr hat das Land das noch verweigert – doch das Thema bleibt aktueller denn je. (Drucksache 18/627)